

Sozialmieten steigen an

96.000 Wohnungen in Berlin betroffen - Regierungskoalition ist gegen eine Mietbegrenzung

Von Regina Köhler

Sozialmieter müssen im kommenden Jahr mit höherer Miete rechnen. Viele werden gezwungen sein, sich eine günstigere Wohnung zu suchen

Mit der Verabschiedung des Berliner Landeshaushaltes 2006/07 wurde vorgestern auch der Wegfall der Kappungsgrenze für Mietsteigerungen im Sozialwohnungsbestand beschlossen. Die PDS war nicht gewillt, dem Vorhaben der SPD, erneut eine derartige Mietobergrenze festzulegen, zuzustimmen. Dem Anstieg von Sozialmieten steht damit nichts mehr im Wege.

Betroffen sind 96 000 Berliner Sozialwohnungen (ab Baujahr 1972), wobei es sich vor allem um Wohnungen städtischer Wohnungsbaugesellschaften in Großsiedlungen im Westteil wie etwa dem Rollbergviertel in Neukölln, der Siedlung Wollankstraße in Wedding oder der Paul Herbst Siedlung in Tiergarten handelt. Viele Mieter müssen sich hier im kommenden Jahr auf eine Mieterhöhung von 13 Cent je Quadratmeter monatlich gefaßt machen.

"Das ist eine mißliche Entscheidung", sagte **Bernd Schimmler**, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der SPD. Die Sozialdemokraten wollten für Sozialwohnungen eine Mietobergrenze von 5,50 Euro Kaltmiete festlegen. Vermieter, die aufgrund des Wegfalls der staatlichen Förderung gezwungen wären, mehr zu nehmen, hätten Zuschüsse vom Land bekommen. Anders die PDS: "Eine Kappungsgrenze subventioniert allein die Vermieter, unabhängig davon, wer tatsächlich in einer Sozialwohnung lebt und wie hoch die Miete ist", sagte Gernot Klemm, Stadtentwicklungsexperte der PDS.

"Mit der Kappungsgrenze wollten wir verhindern, daß Sozialmieten weiter ansteigen und es dadurch zu einer Entmischung der entsprechenden Wohnquartiere kommt", so **Schimmler**. Für mindestens 20 200 Sozialmieter werde die Miete im kommenden Jahr mehr als 5,50 Euro pro Quadratmeter betragen und damit erheblich über der Normalmiete auf dem freifinanzierten Wohnungsmarkt liegen. "Das führt dazu, daß nur die Bewohner bleiben, die ihre Miete vom Staat finanziert bekommen. Viele andere, die ihre Miete selbst erarbeiten müssen, werden sich preiswertere Wohnungen suchen. Damit ist die soziale Mischung der Wohnviertel stark gefährdet."

"Wir bedauern, daß die Kappungsgrenze wegfällt", sagte auch Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD). Sie fürchtet ebenfalls um die Durchmischung der Wohnquartiere. Das Land Berlin fördert die Sozialwohnungen jährlich mit einer viertel Milliarde Euro. Laut Gesetz wird die Förderung allerdings in jedem Jahr um 13 Cent pro Quadratmeter zurückgefahren.

"Die Streichung der Kappungsgrenze ist eine wohnungspolitische Bankrotterklärung von Rot-Rot", erklärte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild. Herbe Kritik kommt auch vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). "In vielen Stadtteilen liegen die Sozialmieten jetzt schon deutlich über den Mieten im nicht geförderten Wohnungsbestand", sagte Wolfgang Bohleber, zuständig für Wohnungspolitik im BBU. Immer mehr Sozialwohnungen stünden leer. Der Leerstand der BBU-Mitgliedsunternehmen sei in diesem Frühjahr auf die Rekordmarke von 4000 Wohnungen angestiegen.

Berliner Morgenpost vom 10. Dezember 2005